

**Inserate**  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz Posen  
bei unseren Agenturen, ferner  
den Annoncen-Expeditionen  
H. Mosse,  
Baasenstein & Vogler A.-G.,  
G. F. Daube & Co.,  
Invalidendank.

Verantwortlicher Redakteur:  
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde  
von 9-11 Uhr Vorm.

# Posener Zeitung

Hundertundzweiter

Jahrgang.

**Inserate**  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz Posen  
bei unseren Agenturen, ferner  
den Annoncen-Expeditionen  
H. Mosse,  
Baasenstein & Vogler A.-G.,  
G. F. Daube & Co.,  
Invalidendank.

Verantwortlich für den Inserat-  
theil:  
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 108.

Nr. 823

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,  
an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,  
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-  
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für aus-  
wärtige 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Montag, 25. November.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitzeile oder deren Raum  
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite  
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die  
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1895

## Der Gesetzentwurf über die Zuckersteuer

wird von der „Pos. Ztg.“ veröffentlicht, die damit den in Umlauf befindlichen falschen Mittheilungen über die Abänderung der Zuckersteuer entgegenzutreten will. Der Entwurf lautet:

Art. I. Der 2. und 3. Theil des Gesetzes vom 31. Mai 1891, sowie das Gesetz vom 9. Juni 1895 werden aufgehoben. An Stelle der aufgehobenen Vorschriften des Gesetzes vom 31. Mai 1891 treten folgende Bestimmungen:

### II. Theil. Betriebssteuer.

#### 1) Gegenstand, Erhebungsart und Höhe der Steuer.

§ 65. Von dem in einer Zuckerfabrik zur Steuerabfertigung (§ 36 ff.) gelangenden Zucker wird eine Betriebssteuer erhoben, welche für die innerhalb eines Betriebsjahres abgefertigten Mengen bis zu 500 000 Kilo 0,05 M., von über 500 000 Kilo bis zu 1 Million Kilo 0,10 M., von über 1 Million bis zu 1 1/2 Millionen Kilo 0,15 M., von über 1 1/2 Millionen bis zu 2 Millionen Kilo 0,20 M. und so fort von 500 000 Kilo um 0,05 M. steigend, für je 100 Kilo Rohzucker Nettogewicht beträgt. Für den Theil der Zuckerzeugung, welcher die nach § 74 ff. festgesetzte Menge um mehr als 5 v. H. überschreitet, ist ein Zuschlag zur Betriebssteuer im Betrage von 1 M. für 100 Kilo zu entrichten. Für die in neu errichteten Fabriken (§ 76 Abs. 1) im ersten Jahre ihres Betriebes hergestellten Zuckermengen ist ein Zuschlag im Betrage der im Abs. 1 vorgesehenen Betriebssteuererlöse, jedoch für den Theil der Zuckerzeugung, welcher über eine Menge von 10 Millionen Kilo hinausgeht, im Betrage von 1 M. für 100 Kilo zu entrichten.

§ 66. Die Betriebssteuer wird nach den aus der Fabrik abgefertigten Rohzucker mengen bemessen. Verläßt der Zucker die Fabrik nicht in Form von Rohzucker, sondern nach weiterer Verarbeitung, so ist das Erzeugniß zum Zweck der Steuerfestsetzung auf seinen Rohzuckerwerth umzurechnen. Nach welchem Verhältniß letzteres zu geschahen hat, bestimmt der Bundesrath.

§ 67. Zucker, welcher im gebundenen Verkehr (§ 39) in die Fabrik eingebracht wird, ist nach seinem Rohzuckerwerth von der aus der Fabrik ausgehenden Menge in Abzug zu bringen. Fabriken, welche ausschließlich Zucker der vorgedachten Art verarbeiten, werden der Betriebssteuer nicht unterworfen.

§ 68. Mehrere in der Hand desselben Besitzers befindliche, innerhalb einer Entfernung von 10 Kilo. von einander gelegene Fabriken werden, sofern auch nur eine derselben nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes errichtet ist, im Sinne der obigen Bestimmungen als eine Fabrik angesehen.

2) Zahlungspflicht und Verzählung.  
§ 69. Die Betriebssteuer ist zu entrichten, sobald der Zucker die Fabrik verläßt. Zur Entrichtung ist der Fabrikhaber verpflichtet. Eine Befreiung von der Steuer oder eine Vergütung derselben (§ 5 und 6) findet nicht statt. Bezüglich der Stundung der Betriebssteuer und der Verzählung derselben findet die Vorschrift der §§ 3 und 4 Anwendung.

### III. Theil. Ausfuhrzuschüsse.

#### 1) Höhe der Zuschüsse und deren Zahlung.

§ 70. Im Falle der Ausfuhr des Zuckers oder der Niederlegung desselben in einer öffentlichen Niederlage oder einer Privatniederlage unter anstündigem Witterungsschutz in einer Menge von mindestens 500 Kilo wird ein Ausfuhrzuschuß gewährt, welcher a. für Rohzucker von mindestens 90 v. H. Budergehalt und raffinirtem Zucker von unter 98 v. H. oder mindestens 90 v. H. Budergehalt 4 M. für 100 Kilo; b. für Kandis und Zucker in welchen, vollen harten Broden, Blöcken, Platten, Stangen oder Würfeln oder in weissen, barten, durchscheinenden Kristallen von mindestens 99 v. H. Budergehalt; alle diese Zucker auch nach Verkleinerung unter Vermeidung des Aufschlusses 5,25 M.; c. für alle übrigen Zucker von mindestens 98 v. H. Budergehalt 4,60 M. pro 100 Kilo beträgt. Nach näherer Bestimmung des Bundesraths können die Ausfuhrzuschüsse auch für zuckerhaltige Waaren im Falle des § 6 Abs. 1 gewährt werden.

§ 71. Eine Vorauszahlung der Zuschüsse findet vor Ablauf von 6 Monaten nach dem Tage der Ausfuhr oder Niederlegung nicht statt. Wird Zucker aus der Niederlage in den freien Verkehr oder in eine Zuckerfabrik entnommen, so ist der darauf gewährte Zuschuß zurückzuzahlen. Der niedergelegte Zucker büßt der Steuerbehörde ohne Rücksicht auf die Rechte dritter für den Betrag des gewährten Zuschusses.

2) Verringerung der Zuschüsse.  
§ 72. Der Bundesrath ist ermächtigt, die in § 70 vorgesehenen Zuschüsse vorübergehend oder dauernd zu ermäßigen oder die Bestimmung über die Zahlung der Zuschüsse vollständig außer Kraft zu setzen, sobald in anderen Rohzucker erzeugenden Ländern, welche gegenwärtig für die Zuckerzeugung oder Zuckerausfuhr eine Prämie gewähren, diese Prämie ermäßigt oder beseitigt wird. Der bezügliche Beschluß des Bundesraths ist dem Reichstage, sofern er versammelt ist, andererseits aber bei seinem nächsten Zusammentreten vorzulegen; derselbe ist außer Kraft zu treten, soweit der Reichstag dies verlangt.

3) Höchstbetrag der jährlichen Zuschüsse und Einziehung zu viel gezahlter Beträge.

§ 73. Für die Gewährung der Ausfuhrzuschüsse sind die Einnahmen aus der Betriebssteuer (§ 65) und 25 v. H. der Einnahmen aus der Zuckersteuer (§ 2), abzüglich der Erhebungs- und Verwaltungskosten, zu verwenden. Bleibt die Summe der gewährten Zuschüsse in einem Jahre hinter dem dafür ausgesetzten Betrage zurück, so tritt der nicht verwendete Theil des letzteren dem für das nächste Jahr zum Zwecke der Zuschußgewährung ausgesetzten Betrage hinzu. Geht die Summe der gewährten Zuschüsse in einem Betriebsjahr über den dafür ausgesetzten Betrag hinaus, so ist der überschüssende Betrag nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen einzuziehen.

§ 74. Für die einzelnen betriebssteuerpflichtigen Fabriken wird alljährlich, bei deren Ueberschreitung sie nach dem Verhältniß ihrer

Mehrerzeugung zur Deckung des bei Gewährung der Ausfuhrzuschüsse zu ergebenden Fehlbetrages (§ 73, Abs. 3) heranzuziehen sind. Nach Inkrafttreten dieses Gesetzes errichtete Fabriken sind für das erste Jahr ihres Betriebes nach Verhältniß ihrer ganzen Zuckerzeugung an Zucker dazu beizutragen verpflichtet. Inwieweit für künftige einzuziehende Beträge seitens der Fabriken Sicherheit zu stellen ist, bestimmt die Landesfinanzbehörde. Die Festsetzung der Höhe dieser Beträge sowie ihre Einziehung und die Einziehung zu viel gezahlter Ausfuhrzuschüsse erfolgt durch die Verwaltungsbehörden unter Aufsicht des Reichstages.

#### 4) Verfahren bei der Kontingentirung der Zuckerfabriken.

§ 75. Die erstmalige Festsetzung der Kontingente (§ 74) erfolgt unmittelbar nach Verkündung dieses Gesetzes für das Betriebsjahr 1896/97 und umfaßt alle diejenigen Fabriken, welche bei Verkündung des Gesetzes bereits im Betriebe oder zum Betriebe fertig und ferneramlich angemeldet waren. Die späteren Kontingentirungen finden am Anfange eines jeden Kalenderjahres für das darauf folgende Betriebsjahr statt.

§ 76. Den nach dem 31. Juli 1896 errichteten Fabriken wird ein Kontingent für das erste Jahr ihres Betriebes überhaupt nicht und für das zweite Jahr nur in Höhe der Hälfte der im ordnungsmäßigen Verfahren (§§ 77, 78) zu ermittelnden Jahresmenge zugetheilt. Ist eine Fabrik im ersten Jahre ihres Betriebes weniger als fünfzig Tage im Betriebe gewesen, so treten die in dem Gesetze für das erste Jahr ihres Betriebes vorgesehenen Folgen auch für das zweite Jahr und die für das zweite Jahr vorgesehenen Folgen für das dritte Jahr ein. Vor Inkrafttreten errichteter Fabriken, welche nicht unter die Bestimmungen des § 75 Satz 1 fallen, nehmen vom Beginn des Betriebsjahres 1897/98 ab nach Maßgabe der §§ 77, 78 an der Kontingentirung theil. Für 1896/97 werden sie im Sinne des § 74 Absatz 1 wie die nach Inkrafttreten des Gesetzes errichteten Fabriken behandelt.

§ 77. Das Kontingent der einzelnen Fabrik wird nach der Zuckermenge ermittelt, welche von der Fabrik aus inländischen Rohstoffen in den letzten fünf Betriebsjahren unter Weglassung der höchsten und der niedrigsten Jahreserzeugungsziffer durchschnittlich hergestellt ist. Das Betriebsjahr, in welchem die Kontingentirung vorgenommen wird — bei der erstmaligen Kontingentirung das Jahr 1895/96 — wird hierbei nicht berücksichtigt. Die Vorschrift, daß bei der Kontingentirung der Rohzuckerfabriken nur die Zuckerzeugung an Zucker aus inländischen Rüben berücksichtigt werden darf, findet bezüglich derjenigen Jahre, welche in die Zeit vor dem Inkrafttreten des Gesetzes fallen, keine Anwendung. Auch ist der Bundesrath für eine feinere Uebergangszeit von drei Jahren Ausnahmen zuzulassen ermächtigt.

§ 78. Ist eine Fabrik nicht während des ganzen in § 77 Abs. 1 bezeichneten Zeitraumes im Betriebe gewesen, so wird unter Anhörung von Sachverständigen ermittelt, in welchem Verhältniß ihre technische Leistungsfähigkeit zu der Leistungsfähigkeit einer oder mehrerer anderer, thunlichst nahe gelegener Fabriken steht, welche während der an dem fünfjährigen Zeitraum fehlenden Jahre in ungestörtem Betriebe gewesen sind. Nach diesem Verhältniß wird aus der Zuckermenge, welche die letzteren Fabriken in den in Rede stehenden Jahren thätig erzeugt haben, für die zu kontingentirende Fabrik die Zuckermenge berechnet, welche ihr bezüglich jener Zeitjahre in Anrechnung zu bringen ist. Dies Verfahren findet ferner Anwendung, wenn eine zu kontingentirende Fabrik in Folge Brandschadens oder anderer nicht vorherzusehender und unabwendbarer Ereignisse, welche den technischen Betrieb der Fabrik stören, während mehrerer der in Betracht kommenden fünf Jahre zu einer ungewöhnlichen Einschränkung der Zuckerzeugung genöthigt gewesen ist.

§ 79. Die Festsetzung der Kontingente geschieht im Rohzuckerwerth (§ 66); sie erfolgt endgültig durch die obersten Landesfinanzbehörden nach höherer Bestimmung des Bundesraths.

§ 80. Die zulässige Summe der für die einzelnen Fabriken festzusetzenden Kontingente (das Gesamtkontingent) wird für das Betriebsjahr 1896/97 auf 1400 Millionen Kilogramm bestimmt. Für jedes fernere Betriebsjahr wird das Gesamtkontingent des Jahres, in welchem die Festsetzung erfolgt, höchstens um das Doppelte desjenigen Betrages erhöht werden, um welchen der inländische Verbrauch an Zucker in dem nächstvorhergegangenen Jahre den Verbrauch in dem zweitvorhergegangenen Jahre überzogen hat. Als verbraucht gilt der im Inlande gegen Steuerentrichtung in den freien Verkehr gebrachte Zucker. Ueberschreitet das hiernach festgesetzte Gesamtkontingent die Summe der für dasselbe Jahr für die einzelnen Fabriken ermittelten Kontingente, so sind die letzteren verhältnismäßig zu erhöhen, im entgegengelegten Falle verhältnismäßig herabzusetzen.

#### 5) Uebertragung des Kontingents an andere Fabriken.

§ 81. Ist eine Fabrik durch Ereignisse der in § 78, 2 gedachten Art außer Stand gesetzt, Zucker bis zur Höhe ihres Kontingents herzustellen, so kann die Direktionsbehörde, gestatten, daß der nicht erledigte Theil des Kontingents dem Kontingente anderer Fabriken, soweit diese die Verarbeitung der der erlösten Fabrik noch zur Verfügung stehenden Rohstoffe übernehmen, zugeschrieben werden. Die Uebertragung eines Kontingents oder eines Theiles desselben auf ein späteres Jahr ist unzulässig.

### IV. Theil.

#### 3. Uebergangs- und Schlussbestimmungen.

§ 82. Der Eingangszoll für festen und flüssigen Zucker jeder Art beträgt 45 M. für 100 Kilo. Unter Zucker werden auch Rübensäfte, Rübenmassen und Zuckerausläufe (Syrup, Melasse) verstanden. Der Eingangszoll auf Honig, auch künstlichen, wird auf den gleichen Betrag festgesetzt.

§ 83. Wird Zucker, welcher vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in eine Niederlage aufgenommen ist, nach dem genannten Zeitpunkt in den freien Verkehr oder in eine Zuckerfabrik übergeführt, so ist dafür, unbeschadet der Rückzahlung des etwa darauf gewährten Zuschusses, der Betrag des Unterschiedes zwischen dem bisherigen und dem durch dieses Gesetz bestimmten Zuschußlage zu entrichten. Der gleiche Betrag ist von demjenigen Zucker zu erheben, welcher sich beim Inkrafttreten des Gesetzes außerhalb einer

Niederlage der gedachten Art im gebundenen Verkehr oder in einer Zuckerfabrik befindet, in letzterem Falle jedoch nur, soweit beim Auszuge aus der Fabrik von dem Zucker eine Betriebssteuer nicht zu entrichten sein würde. Wird Zucker, welcher vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in eine Niederlage ohne Zuschußgewährung aufgenommen ist, nach dem genannten Zeitpunkt unter Inanspruchnahme des Ausfuhrzuschusses ausgeführt oder niedergelegt, so ist dafür ein Zuschuß nur in der im Gesetz vom 31. Mai 1891/9. Juni 1895 vorgesehenen Höhe zu gewähren.

Artikel II. Die im § 2 des Gesetzes vom 31. Mai 1891 auf 18 M. festgesetzte Zuckersteuer wird auf 24 Mark für 100 Kilo Nettogewicht erhöht.

Artikel III. Im § 16 des Gesetzes vom 31. Mai 1891 kommt der Abs. 2, in den §§ 21 und 22 kommen die Worte: „oder zuerst nach dem 31. Juli 1892 fortgesetzt“, im § 42 die Worte: „bis 1. August 1892, sofern aber die Anstalt erst später errichtet wird“ und im § 43 die Bezugnahme auf § 67 des Gesetzes in Wegfall; soweit im § 43 auf den bisherigen § 63 Bezug genommen ist, tritt an die Stelle des letzteren der § 70.

Artikel IV. Dieses Gesetz tritt bezüglich der Vorschriften über die erstmalige Kontingentirung der Fabriken mit dem Tage seiner Verkündung, im übrigen mit dem 1. August 1896 in Kraft. Für Gebietsheile, welche an dem vorgedachten Tage außerhalb der Zollgrenze liegen, tritt, falls dieselben in diese Grenzen eingeschlossen werden, mit dem Tage der Einschließung das gegenwärtige Gesetz in Kraft. Der Reichskanzler wird ermächtigt, den unter Berücksichtigung der obigen Ueänderungen sich ergebenden Text des Gesetzes vom 31. Mai 1891 als „Zuckersteuergesetz“ mit dem Datum des vorliegenden Gesetzes durch das Reichsgesetzblatt bekannt zu machen.

Wie man sieht, wird uns das neue Zuckersteuergesetz eine enorme Vertheuerung des Zuckers bringen. Die Erhöhung der Zuckersteuer und die unerhörte Steigerung der Ausfuhrprämien würden zusammenwirken, um die ohnehin schon gekünstelten Grundlagen unserer Zuckerindustrie aufs äußerste zu komplizieren; die andern Zuckerproduktionsstaaten sollen angeblich zum Verzicht auf das Prämiensystem gezwungen werden, allein die Folge wird sein, daß die andern Staaten sich keineswegs zwingen lassen, sondern ihrerseits den Kampf ebenfalls aufnehmen werden. Man wird alsdann genau da stehen, wo sich die Zuckerländer jetzt befinden, nur mit dem Unterschiede, daß die unnatürliche Erhöhung der Exportprämien eine Rückkehr zu normalen Verhältnissen noch schwieriger machen wird. Das Schlimmste aber an dem beabsichtigten neuen Zuckersteuergesetz ist, daß es durchaus nicht, wie versprochen, die Bestimmung enthält, die Kampfprämie müsse außer Kraft gesetzt werden, sobald die übrigen Zuckerländer auf ihre Prämien verzichten. Der Bundesrath soll nach § 72 der Vorlage vielmehr nur „ermächtigt“ werden, die vorgesehenen Zuschüsse vorübergehend oder dauernd zu ermäßigen. Wenn der Bundesrath nun aber nicht von dieser „Ermächtigung“ Gebrauch macht, was dann? Wir haben dann die höheren Sätze und können lange warten, bis sie wieder verschwinden. Ja, der Reichstag kann nach demselben § 72 sogar verlangen, daß eine etwaige Auserkennung der Zuschüsse wieder zurückgenommen wird. Kurz, die Prämienherhöhung wird leichter einzuführen als wieder aus der Welt zu schaffen sein, wofür nicht schon im Bundesrathe dafür gesorgt wird, daß dies bedenkliche Gesetz den Charakter eines reinen Kampfgesetzes auch wirklich erhält, statt daß jetzt dieser vermeintliche Zweck zur Erschleichung eines dauernden und ungesunden Zustandes benutzt werden soll. Auf den Bundesrath möchte man in diesem Falle beinahe mehr vertrauen als auf den Reichstag. Soweit wir beobachten können, kommen zwar die Einwände gegen die Vorlage aus allen Parteilagern, mit Ausnahme natürlich der Konservativen; aber es ist die Frage, ob der Widerspruch der Presse auch Vorbildlich für die Haltung gewisser Parteien im Reichstage sein wird. So sehr man wünschen muß, daß dies der Fall sein möge, so sind wir nicht optimistisch genug, um es auch zu glauben.

## Deutschland.

□ Berlin, 24. Nov. [Die Wahl in Halle-Saale-Herford.] In Halle-Saale, einem der festesten konservativen Sitze, der — mit einer einzigen Ausnahme (1874) — bei allen Wahlen seit 1871 in den Händen dieser Partei blieb, ist eine Stichwahl nothwendig geworden. Das Wahlergebnis ist: Amtsgerichtsrath Dr. Weiße (konserv.) 6553, Bürgermeister Quentin (natlib.) 3908, Hoffmann (Sozialdem.) 2383, Pfarrer Schall (Deutschsoz.) 213 Stimmen; zerplittert 247 Stimmen. Die Sozialdemokraten werden nunmehr darüber zu entscheiden haben, ob der konservative Amtsgerichtsrath Weiße oder der nationalliberale Bürgermeister Quentin den erledigten Hammerstein'schen Sitz einnehmen soll. Etwa um die Hälfte der Zahl, um die Herr Weiße hinter der Stimmenzahl für Hammerstein (im Jahre 1893) zurückgeblieben, ist die Stimmenzahl des sozialdemokratischen Kandidaten gewachsen; er ist von 1589 Stimmen bei der letzten allgemeinen Wahl auf jetzt 2383



gekommen, während die konservative Stimmenzahl von 8602 auf 6553 zurückging. Die Sozialdemokraten haben bei den Nachwahlen seit 1893 fast nirgends eine Erhöhung ihrer Wahlziffern aufzuweisen gehabt, vielfach sogar ein Minus. Die Zunahme in Halle-Saale, die sie selbstverständlich gehörig auszunutzen werden, dürfte einen besonderen Grund haben. Wie man weiß, war Herr von Hammerstein ein entschiedener Gegner der Tabaksteuer-Erhöhung, und es ist möglich, daß die kleinen Wähler in Halle-Saale ihm aus diesem Grunde ein Vertrauen schenken, das sie dem Amtsgerichtsrath Weihe nicht in gleichem Maße entgegenbringen. Den Vortritt würde alsdann der Sozialdemokrat einnehmen haben, dessen die Wählerschaft in Sachen Tabaksteuer wie Steuer überhaupt natürlich sicher sein kann. Wohin sich die Sozialdemokraten bei der Stichwahl neigen werden, dafür giebt vielleicht diese wichtige lokale Frage des Verhaltens zur Tabaksteuer einen Fingerzeig: der liberale Kandidat müßte jedenfalls die allerbestimmtesten Bürgschaften für die Ablehnung jeder Verästelung der Tabakindustrie geben, wenn er auf die Stimmen der ausfallenden dritten Partei gegen Herrn Weihe zählen soll.

Der Reichshaushaltsetatsentwurf schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1259 901 749 M. und zwar sind hiervon bei den Ausgaben 1135 523 228 M. fortdauernde, 94 361 000 M. einmalige Ausgaben des ordentlichen Etats und 30 017 521 M. einmalige Ausgaben des außerordentlichen Etats. Von den Einnahmen entfallen 634 664 830 M. auf die Zölle und Verbrauchssteuern, 61 000 000 auf die Reichsrentenabgaben, 33 914 461 M. auf die Reichsbahn- und Telegraphenverwaltung, 1525 180 M. auf die Reichsdruckerei, 23 463 900 M. auf die Eisenbahnverwaltung, 5 618 400 M. auf das Bankwesen, 18 476 212 M. auf verschiedene Verwaltungseinnahmen, 28 862 508 M. auf Reichsrentenabgaben, 1582 218 auf Veräußerungen von ehemaligen Festungsterrains und 7 445 283 auf die Ueberkäufe aus früheren Jahren. Die Materialumlagen sind mit 413 531 276 M. veranschlagt, so daß sich eine Gesamteinnahme von 1 229 884 228 M. ergibt, das sind 37 012 253 M. mehr als im laufenden Etat vorgesehen sind. Als außerordentliche Deckungsmittel zur Vornahme der Etats für den Betrag von 30 017 521 M. vorgesehen. Für das Jahr 1895/96 waren bekanntlich 46 878 566 M. als außerordentliche Deckungsmittel in den Etat eingestellt. Im Einzelnen sind die fortdauernden Ausgaben folgendermaßen veranschlagt: Reichsstat 660 900 M., Reichsfinanz- und Reichsrenten 154 920 M., Außenwärtiges Amt 10 606 453 M., Reichsamt des Innern 33 567 820 M., Verwaltung des Reichsbesitzes 477 803 363 M. (+ 5590 978 M.), Verwaltung der kaiserlichen Marine 55 795 724 (+ 534 231 M.), Reichsjustizverwaltung 1 974 (64), Reichsarchivamt 392 509 850 (+ 13 599 860 M.), welche letzterer Betrag ausschließlich auf das Mehr der Ueberweisungen an die Bundesstaaten entfällt, Reichsrentenlohnamt 255 520 M., Reichsschuld 75 942 550 (+ 1 575 250 M., welches Mehr auf die Erhöhung der Verzinsungen entfällt), Reichsrentenlohnamt 737 323 M., allgemeines Rentenfonds 56 562 143 (+ 1 527 389 M.), und Reichs-Inventarfonds 28 862 508 (+ 2 468 791 M.), das ergibt eine Gesamtsumme an fortdauernden Ausgaben von 1 135 523 228 M., das sind 29 1/2 Millionen M. mehr, als im laufenden Etat. Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats stellen sich im wesentlichen aus folgenden Zahlen zusammen: Außenwärtiges Amt 7 795 566 (+ 947 320 M.), Reichsamt des Innern 3 404 700 (+ 1 909 160 M.), Post- und Telegraphenverwaltung 8 328 484 (+ 696 611 M.), Verwaltung des Reichsbesitzes 46 141 656 (+ 2 001 722 M.), Verwaltung der kaiserlichen Marine 25 027 300 (+ 4 473 950 M.), Eisenbahnverwaltung 35 000 000 (+ 3 500 000 M.), die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats ergeben bei der Verwicklung des Reichsbesitzes 20 141 421 (+ 14 026 471 M.), bei der kaiserlichen Marine 7 022 600 (+ 1 158 100 M.), bei der Eisenbahn-Verwaltung endlich 2 853 500 (+ 1 927 500 M.). Im Ganzen ergeben somit die einmaligen Ausgaben 124 378 521 M. und das Plus und Minus bei diesen einander gegenüber gestellt ein Minus von 8 787 000 M.

Im Auftrage der preussischen Regierung hatte Geh. Rath Neuhaus aus dem Ministerium für Handel und Gewerbe in Begleitung zweier Gewerbetreibender eine Studienreise nach England unternommen, um festzustellen, wie sich das englische Großgewerbe mit der dort

schon lange gesetzlich eingeführten Sonntagsruhe abfindet. Nachdem die Herren zurückgekehrt haben sie einen ausführlichen Bericht über ihre Beobachtungen erstattet. In welcher Weise diese Erfahrungen verwertet werden sollen, ist noch Gegenstand der Erwägungen.

Die „Post“ meldet: Im Anschlusse an die am 27. November d. J. stattfindende erste Ausschusssitzung der Preussischen Central-Genossenschafts-Kasse findet auf Einladung des Präsidenten Freiherrn von Suerne Donnerstag, den 28. cr., Mittags 12 Uhr, in den Geschäftsräumen der Kaffe-Dortheimstraße 42 eine vorbereitende Besprechung über die Herstellung von Beziehungen von Organisationen des Handels und des sonstigen gewerblichen Mittelstandes zu der Preussischen Central-Genossenschafts-Kasse statt, zu welcher aus Handwerkerkreisen der Vorsitzende des Central-Ausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands Fister, sowie aus dem Innungs-Ausschusse der vereinigten Innungen Berlins der Vorsitzende F. Deutel und der Delegierte Steinmetzmeyer Wölfer zugezogen worden sind.

In der am Sonnabend in den Räumen der Kolonialgesellschaft stattgehabten Sitzung des Syndikats für südwestafrikanische Siedelung wurde von dem geschäftsführenden Ausschusse über die bisherige Thätigkeit des Syndikats Bericht erstattet, die Bilanz vorgelegt und genehmigt. Der geschäftsführende Ausschuss wurde beauftragt, gegen den Verfasser des Artikels „Koloniale Spekulationen“, Herrn Giesbrecht, gerichtlich vorzugehen. Die Satzungen der neu zu begründenden Siedelungsgesellschaft für Deutsch-Südwest-Afrika wurden festgesetzt und sollen dieselben dem Reichskanzler zur Genehmigung unterbreitet werden. Nachdem die Satzungen auch die Genehmigung des Bundesraths gefunden, soll die Hauptversammlung zur Bildung der Gesellschaft sofort einberufen werden. Die Geschäftsführung bleibt bis zur Hauptversammlung in den Händen der Herren Vizekonsul Schwabe und Konsul a. D. Böhlen.

Nach telegraphischer Meldung ist das Panzerkreuz „Brinze“ am 22. November in Shanghai eingetroffen. Ferner ist der „Storch“ am 22. November in St. Thomas eingetroffen und geht am 20. Dezember nach Haiti in See.

Die „Post“ schreibt: „Aus unterrichteten kolonialen Kreisen wird uns geschrieben, daß Major v. Wismann nach seiner Beförderung Stelle hin den Wunsch nach einer Aenderung seiner Befugnisse zu erkennen gegeben hat. Die Angabe der „N. Preuss. Stg.“, daß der Gouverneur darum eingekommen sei, ihm wenigstens die Vertretung des Kommandeurs der Schutztruppe zu übertragen, begegnete dabei nicht nur an sich, sondern auch aus inneren Gründen mannigfachen Zweifel. Vor allem scheint es nicht glaubhaft, daß der Gouverneur, der erst seit fünf Monaten wieder auf seinem jetzigen Posten ist, die Alternative gestellt habe, er werde seine Stellung aufgeben, wenn man ihm das erwähnte Ersuchen nicht bewillige. Bei der Meldung über die angeblichen Absichten des Majors v. Wismann erinnert man sich auch an eine Vorlegung vor wenigen Tagen, worin, wohl aus derselben Quelle, darauf hingewiesen wurde, daß der neue Stellvertreter des Kommandeurs (Hauptmann v. Nagler) auf afrikanischem Gebiete noch ein Neuling sei. Offenbar sollte die Angelegenheit mit Wismann vorbereitet und eingeleitet werden.“

### Aus dem Gerichtssaal.

\* Breslau, 23. Nov. Der wegen Tierpantsererei unter Anklage gestellte Richter des Zoologischen Gartens Zerkul, wurde gestern zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

\* Stettin, 21. Nov. Vor dem Schöffengericht kam heute eine Sache zur Verhandlung, die wohl als Schluß des Herrn Pfarrer Stalinski betreffend, bekannten Beleidigungsprozesses anzusehen sein dürfte. Posthalter Krause erhielt nach wegen Beleidigung des Zeugen Thiermeisters W., des Bureauverwalters B. und des Kanzlisten W. vier Wochen Zuchthausstrafe zu seinen fünf Jahren.

\* Berlin, 24. Nov. Wegen vorsätzlicher Missethätigkeit mit einer Waffe und öffentlicher Beleidigung hatten sich gestern zwei, lange Jahre dienende Polizeibeamte, die Schulze und August Budahn und Johann Domning vor der zweiten Strafkammer am Landgericht I zu verantworten. Am Abend

des Sabbatages hatten die Angeklagten Dienst im Kleinen Thiergarten, wo das kaiserliche Denkmal vom Publikum umstanden wurde. Als letzteres auf die Aufforderung der Beamten nicht weging, übten diese Gewalt aus. Hierbei fiel Domning den Handelsmann Mademann aus Versehen. Als dieser sagte: „Herr Thiermeister, haben Sie mich doch nicht!“ packte der Beamte ihn sofort an der Brust und drängte ihn zum Denkmalgitter. Frau Mademann rief ihrem Mann nun zu: „Wir wollen nach Hause gehen!“ Darauf zog Budahn seinen Säbel, brang mit den Worten „Du Ass, was willst Du?“ auf die Frau ein und schlug sie mit der flachen Klinge zweimal über den Arm und einmal über den Kopf. Budahn soll so betrunken gewesen sein, daß er hin und her schwankte, und ihm der Säbel entfiel, als er das dritte Mal zuschlugen wollte. Auch der andere Angeklagte soll fast angetrunken gewesen sein. Er behauptete, wie sein Kollege, daß Frau Mademann Budahn ins Gesicht geschlagen habe. Die Verhandlung der Frau veranlaßte den Schlächtermeister Mohr zu dem Ausruf: „Das ist doch unerhört, eine wehrlose Frau so zu behandeln? Die Beamten scheinen unfähig zu sein!“ Budahn fiel daraufhin über Mohr her und wälzte sich bald in heftigem Kampfe mit ihm am Boden. Domning sprang seinem Kollegen zu Hilfe, und beide versuchten den Schlächtermeister unter Schimpfwörtern, wie Lump! Schlump! Stroh! u. s. w. zur Wache zu befördern. Sie packten dabei so kräftig zu, daß Mohr Wäsche und Kleider zerrissen wurden. Auf dem Wege zur Wache haben die Angeklagten dem Schlächtermeister noch zahlreiche heftige Faustschläge ins Gesicht verleiht. Jedoch, wenn derselbe erklärte, er gebe ja freiwillig mit und sei ein in der Nähe wohnender Geschäftsmann, erhielt er neue Schläge ins Gesicht und die Angeklagten schrien immer wieder: „Was sind Sie? Ein Lump und ein Blunder sind Sie!“ Die Angeklagten behaupteten in der heutigen Verhandlung, daß sie nur drei, bezw. vier Gläser Bier getrunken hätten, aber mit kurzer Ruhepause mehr als dreißig Stunden im Dienst gewesen seien; die Augenzeugen stimmten darin überein, daß ramentlich Budahn stark betrunken gewesen sei. Wie der Staatsanwalt dies hervorhob, haben, inhaltlich der Akten, sämtliche Zeugen die Vorfälle genau so geschildert, wie der Schlächtermeister Mohr und das Mademannsche Ehepaar. Um so auffälliger erschien es dem Staatsanwalt und dem Gerichtshof, daß der Schutzmann Juran, welcher an jenem Abend gleichfalls am Thore zugegen gewesen war, gänzlich andere Aussagen machte, von dem Vorfälle nichts gesehen habe und die Vorgänge bei der Eistellung des Schlächtermeyers Mohr zu Ungunsten des letzteren darstellte. Mohr erklärte diese Aussage für ganz unrichtig; der Zeuge verblieb aber nachdrücklich bei seinen Behauptungen. Der Staatsanwalt behauptete, daß er hier gegenüber Beamten, die über zwanzig Jahre im Polizeidienste ständen und deren Brutt das Eisener Kreuz schmückte, seines Amtes walten müsse. Je mehr man aber die Beamten gegen Ausschreitungen schütze, um so nachdrücklicher müsse man solche Ausschreitungen der Beamten ahnen. Nur mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagten aus Anlaß der Nationalfeier offenbar betrunken gewesen seien, beantragte er gegen Budahn nur sechs Monate, gegen Domning vier Monate und eine Woche Gefängnis. Der Verteidiger empfahl die Angeklagten, die offenbar unter der Einwirkung des Alkohols gestanden, der Mißbe des Gerichtshofes. Dieser verurteilte Budahn zu sieben Monaten, Domning zu vier Monaten Gefängnis.

W. B. Straßburg i. El., 23. November. Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde heute gegen den früheren Subalternen und späteren Dringungsgehilfen F. wegen Giftmordverluches, bezogen an seiner Schwester und deren Gatten, dem Dehnbüchler Müller, verhandelt. Die Geschworenen verurteilten sämtlich die 16 Schuldigen, worauf der Staatsanwalt Freisprechung beantragte. Der Gerichtshof erklärte nach dem Antrage des Staatsanwalts und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auf. Das Publikum bereitete dem Freigesprochenen lebhafteste Ovationen.

### Kotales.

Posen, 25. November.

\* Kaufmännischer Verein. Nicht Herr Dr. Bachulke, wie uns irrtümlich gemeldet wurde, sondern Herr Dr. Boghimer wird morgen, Dienstag, den angekündigten Vortrag über „Gustav Freytag“ halten.

n. Explosion. Am Sonnabend Mittag explodirte im Hausflur des Grundstücks Halldorfstraße 18 eine Gaslampe. Drei in dem Flur arbeitende Personen wurden an Gesicht und Händen leicht verletzt und mußten sich im Lazareth verbinden lassen.

### Der Duellheld.

Nach E. Mafranczos von L. Berger.

(Nachdruck verboten.)

#### I.

In einer ungarischen Stadt liegt ein Husarenregiment. Unter den Offizieren befindet sich einer, Namens Peter Szibcsel, der aus Böhmen stammt und nach der einstimmigen Meinung seiner Kollegen und Vorgesetzten ein außerordentlich guter Soldat ist.

Er wohnte zusammen mit seiner Gattin und seiner Mutter. Obwohl der Herr Sohn keine das ganze Vermögen seiner Mutter vergeudet hat, besitzt sie noch ein kleines Kaputtälchen und das beschützt und hütet sie, damit doch noch etwas für ihre Enkel übrig bleibt.

Szibcsel spielt als guter Soldat mit Ehrensachen nicht zu scherzen und so macht er aus der kleinsten Sache eine Ehrensache. Zwei-, dreimal in jeder Woche — denn so oft hat er Ehrensachen — pumpt er je einen Hundert von seiner Mutter für Duellauslagen.

Nachdem seine Mutter weiß, daß es sich um die Ehre ihres Sohnes handelt, giebt sie ihm gerne auch den letzten Heller.

Anfangs leuchtete und meinte die Gattin, als der Gatte von den kriegenden Waffen erzählte, später aber gewöhnte sie sich dermaßen daran, daß sie von ihrem Gatten, der „zum Duell“ ging, mit einer gleichgültigen Aute Abschied nehmen konnte, als ob er sich zu irgendeiner Kartenpartie oder auf den Uebungsplatz begäbe würde. Uebrigens ist Szibcsel noch nie etwas passiert. Es scheint, daß er ein tüchtiger Fechter ist.

#### II.

Rein Uhr Morgens. Szibcsel sitzt an seinem Schreibtisch und schreibt zwei Briefe; den einen an Olav Szabo, den andern an den Grafen Rudolf Szarköy. Der Diener besorgt die Briefe an ihren Bestimmungsort.

Szibcsel geht erregt in seinem Zimmer auf und ab. Er befeht Cigarren vor, dann geht er in den Salon zu seiner Mutter. — Denken Sie sich, Mama, ich habe wieder eine Ehrensache. — Ich bin es gewohnt, sprach mit erzwungener Ruhe die Mutter.

— Die Zeugen werden gleich da sein. — Wahr, heimlich hast Du dich wieder in eine Weißbiergeschichte eingelassen.

— Rein, Mama. — Also was denn hast Du an gestellt? — Ach, Mama, sprechen wir nicht davon.

— Aber, mein guter Sohn, man kann die Sache vielleicht auch ohne Duell austragen — spricht die besorgte Mutter. — Ich sage Ihnen, Mama, meine Ehre ist in dieser Angelegenheit engagiert; es geht nicht, Blut muß fließen.

— Blut, Blut, immer nur Blut.

Der Diener meldete, daß die zwei Herren bereits hier seien. Szibcsel geht in sein Zimmer zurück, sie zu empfangen. Die zwei Gäste gehen durch den Salon und grüßen mit ernster Sanftmut die alte Frau Szibcsel, welche ihnen besorgt nachsieht, als sich die Thüre hinter ihnen schließt.

— Servus, was hast Du?

— Erst setzt Euch nieder und zündet Euch Cigarren an.

Olav Szabo und Graf Szarköy setzen sich nieder, zünden sich Cigarren an und blicken erwartungsvoll auf Szibcsel.

— Ihr müßt etwas trinken. — Damit wendet er sich zur Thüre und befiht, daß man Cognac herbeibringe.

— Na, was ist denn die wichtige Angelegenheit? — fragt Szabo.

— Rüd' erdlich damit heraus — meint der Graf.

— Na, fürchtet nicht, Ihr werdet es noch rasch genug erfahren, spricht Szibcsel mit datterem Lächeln.

— Na, mit Dir kann man ja nicht reden.

— Nun, heraus damit.

Szibcsel lächelt. Man bringt den Cognac herein. Sie trinken; ein guter Cognac.

— Jetzt mal, welche Karte?

— Noch ein Glas?

— Aber jetzt spricht endlich.

Szibcsel bietet ihnen wieder Cigarren an, dann beugt er sich zum Hauptmann und flüstert ihm sehr wichtigthuend zu:

— Gehen wir heute in's Orpheum?

— Also beschloßst Du uns hierher zu kommen?

— Hi! Schreit nicht so, laßt doch es meine Mutter. Olav Szabo beginnt leiser zu sprechen, der Graf aber denkt:

— Zum Teufel auch, dieser Junge hat schon wieder ein Duell und er will nicht, daß seine Mutter es erfährt.

— Also wozu hast Du uns dann hierher rufen lassen, spricht ungeduldig der Hauptmann.

— Um mit Euch zu beraten.

— Aber was denn?

Szibcsel erwidert nichts und gießt Cognac in die Gläser.

— Trinken wir.

— Du bist verrückt geworden.

— Bitte, trinken wir noch ein Glas.

— Ich habe immer gesagt, daß Du ein Narr bist, sprich, wenn Du willst, oder wir gehen.

Szibcsel trinkt ein Glas Cognac aus und erklärt dann:

— Also gehen wir heute Abend ins Orpheum?

Die zwei Militärs arreten ärgerlich nach ihren Güten und entfernen sich. Bevor sie die Thüre öffnen, macht Szibcsel sie noch einmal darauf aufmerksam, daß er um elf Uhr im Orpheum sein wird.

#### III.

— Also ist es in der That unausweichlich?

— Es muß sein, Mama.

— Wenn es Deine Ehre verlangt, kann man nichts thun, aber nicht wahr, Du wirst ein anderes Mal vorsichtiger sein, mein Sohn?

— Du weißt ja, Mama, daß ich kein Kaskader bin, aber wenn der Mensch Soldat ist und von seiner Ehre die Rede...

— In, die Ehre...

— Die Sache ist ja nicht der Rede werth; Du weißt ja, Mama, daß ich als guter Fechter noch in meinem Duell verletzt worden bin. Das Katale bei der Sache ist nur, daß die Vertheiligung der Ehre den Menschen so viel Geld kostet.

— Und Du mußt jede Woche so oft Deine Ehre vertheiligen?

— Ja, dazu noch standesgemäß. Der Kaskader, der Arzt, der Fehlsaal und das Besönnungessen nach dem Duell, das kostet alles ein Geldbengel.

— Ja, mein lieber Sohn, das weiß ich am besten, aber wenn es sich um die Ehre handelt... Der, mein Sohn, genügen hundert Gulden.

— Ich danke, Mama, hoffentlich werden sie genügen.

#### IV.

Um elf Uhr Abends ist Szibcsel im Orpheum. Nach dem Orpheum geht er mit lustigen Kampfen von Wirtshaus zu Wirtshaus, und so pflegt er zwischen Weinflaschen seine Ehrensachen auszutragen. Diese amüsanten Duell, bei denen Nebenblut vergossen wird, dauern nicht bis zum ersten Rausche, sondern bis zur völligen Erstickung. Bis zum Morgen sind die Duellkosten von hundert Gulden in der Regel vorausgibt, denn für die Ehre darf einem bekanntlich kein Betrag zu hoch sein. Und Szibcsel schwankt, nachdem er den Fied von seiner Ehre heldenhast weggewaschen, nach Hause...

Szibcsel ist also doch ein großer Duellheld, denn er hat ja mindestens zwei- bis dreimal seine Ehrensache und er wird ein Duellheld bleiben, so lange seine Mutter Geld besitzt — für die Duellkosten.



n. Wilda. Eine Versammlung der hier erst kürzlich gebildeten „Freiwilligen-Feuerwehr“ fand am Sonnabend statt. Es wurden folgende Herren gewählt: Restaurateur Wittmann zum Schriftführer, Wirt Mayer zum Zugsführer und Emerich und Holland zu Brandmeister. Gleichzeitig wurden die zur Anschaffung der Anzüge erforderlichen Maßnahmen beschlossen.

### Aus der Provinz Posen.

**Sutrochin, 23. Nov.** [Konkurs.] Ueber das Vermögen des Handelsmanns Hennig Rosenfeld zu Sutrochin ist, da der Schuldner unter der Behauptung, zahlungsunfähig zu sein, die Eröffnung des Konkurses über sein Vermögen beantragt hat, das Konkursverfahren eröffnet und der Kaufmann Otto Häger daselbst zum Konkursverwalter ernannt worden.

**Tremsen, 22. Nov.** [Der Postassistent], der, aus Hannover hierher verlegt, kürzlich von hier verschwunden, hat sich dort vor dem Hause seiner Frau erschossen.

**R. Grone a. Br., 24. Nov.** [Selbstmord.] Großes Aufsehen erregt hier der Selbstmord des Besitzers H. in Salno. H. war durchaus gut situiert. Er war vor längerer Zeit von dem hiesigen Schöffengericht wegen Ueberschuldens einer Frau zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurtheilt worden, hatte aber den Strafantritt so lange hinausgeschoben, bis er auf Requisition der zuständigen Behörde von dem Gendarm zur Strafverbüßung eingeholt werden mußte. Als der Gendarm den H. mit dem Zwecke seines Kommens bekannt gemacht hatte, erklärte sich dieser zum Strafantritt bereit; er sah sich aber noch ein Stück Wurst, nach dessen Genuß er dem Beamten sagte, daß er sich sehr unwohl fühle. Kurz darauf trat er noch einige Bestimmungen und verschied. Man nimmt an, daß die Wurst stark mit Strichn unterseht war. Da H. die Wurst bei sich trug, ist anzunehmen, daß er den Selbstmord mit voller Ueberlegung ausgeführt hat. Genauer über die Art des Todes wird wohl erst die Obduktion der Leiche ergeben.

### Aus den Nachbargebieten der Provinz.

**Grudenz, 22. Nov.** [Unfall.] Auf der Eisenbahnbrücke über die Weichsel wurden drei Spitzergänger von einem Eisenbahnzug schon gewordenen Wägenpferden überrollt; eine Person wurde getödtet, die beiden anderen schwer verletzt.

### Telegraphische Nachrichten.

**Wien, 23. Nov.** [Abgeordnetehaus.] Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde nach längerer Debatte mit 123 gegen 52 Stimmen die Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Schneider wegen des Vergehens der Aufreizung gegen die jüdische Religionsgemeinschaft ertheilt; ferner wurde der Antrag auf gerichtliche Verfolgung des Abgeordneten Schneider wegen Ehrenbeleidigung angenommen. Die Sitzung wurde sodann geschlossen.

**Lemberg, 23. Nov.** Hier sind so starke Schneefälle eingetreten, daß die Eisenbahnzüge mit großen Verspätungen ankommen.

**Prag, 23. Nov.** Das Resultat der 72 Landtagswahlen in den Städtebezirken ergibt 37 Jungcechen, 20 Deutschliberale, 9 Deutschnationale, 1 gemeinsamen Kandidaten der beiden letzten Parteien, 1 Altcechen, 1 Kandidaten der czechischen Fortschrittspartei, 1 Christlichsozialen und 2 Stichwahlen.

**Rom, 24. Nov.** Der König empfing heute Nachmittag den bisherigen Militärattaché bei der deutschen Botschaft, Oberst von Engelbrecht, in Abschiedsaudienz.

**Rom, 24. Nov.** Der Papst hat infolge einer durch das geringe starke Sinken der Temperatur hervorgerufenen Erkältung beschlossen, das für den 25. November angesetzte geheime Konfistorium auf den 29. November, und das für den 28. November angesetzte öffentliche Konfistorium auf den 2. Dezember zu verschieben. Der Sekretär des Papstes, Dr. Lippont, hat nur vorläufig über dem Papste angethan, das Zimmer zu hüten. Heute empfing der Papst zur Erleichterung der laufenden Geschäfte einige Prälaten, darunter den Stellvertreter des Kardinals Rampolla, Albalatini. Dr. Lippont erklärte heute auf neue Anfragen, daß der Gesundheitszustand des Papstes zu einer Beurlaubung durchaus keinen Anlaß gebe. Die Verschiebung der Konfistoren auf nur kurze Zeit beweise, daß wenige Tage genügen würden, um die Heiligkeit zu bewahren.

**Petersburg, 24. Nov.** Es ist ein Gesetz promulgirt worden, wonach die Klassen der Regimentsinstitute und Eisenbahnen für alle Zahlungen Goldmünze zum Kurse anzunehmen haben.

**Petersburg, 24. Nov.** Nach dem amtlichen Ausweis erkrankten in Petersburg an Cholera und unter choleraartigen Erscheinungen vom 20. bis 23. November 14 und starben 7 Personen, im Gouvernement Wolhynien vom 27. Oktober bis 2. November 439 resp. 176 Personen, vom 3. bis 9. November 368 resp. 160 Personen, im Kreise Verbitschew vom 27. Oktober bis 2. November 41 resp. 16 Personen, vom 3. bis 9. November 77 resp. 36 Personen.

**Petersburg, 24. Nov.** Nach dem heute veröffentlichten Bulletin ist der Gesundheitszustand der Kaiserin, welche selbst närrt, und der Großfürstin Olga vollkommen zufriedenstellend. — Weitere Bulletin werden nicht mehr ausgegeben.

Im Ceremonial über am Dienstag stattfindenden Taufe der Großfürstin Olga werden als Taufpaten aufgeführt: die Kaiserin-Witwe Maria Fjodorowna, die Königin Viktoria, die Kaiserin Friedrich, die Königin von Griechenland, der König von Dänemark, der Großherzog von Hessen und der Großfürst Wladimir.

**Batu, 23. Nov.** Eine aus 10 Personen bestehende Expedition, bestehend aus dem Zehn- und Hundert Rubelscheinefabrikanten, ist aufgegeben. Die falken Hundert Rubelscheine tragen die Nummer 53 442, die Zehn-Rubelscheine die Nummer 294 509. Viele tausend nachgeahmte Falsifikate sollen ins Ausland gelangt sein, eine große Anzahl wurde noch im Versteckort vorgefunden.

**Paris, 23. Nov.** Die Deputirtenkammer beschloß mit 228 gegen 183 Stimmen die Dringlichkeit für den Antrag des Sozialisten Constant, welcher dahin geht, die Arbeitgeber zu verpflichten, diejenigen Arbeiter, welche nach der Ableistung ihrer militärischen Dienstzeit in der Reserve zurückkehren, wieder einzustellen. — Die Kammer legte sodann die Beratung über das Budget fort und vertagte sich nach einer Rede Dubois auf Montag.

**London, 23. Nov.** Das Gerücht, Prinz Heinrich von Battenberg werde an der Expedition gegen die Alchanti theilnehmen, bekämpft sich nicht.

**London, 23. Nov.** Das „Reutersche Bureau“ meldet aus Peking, die ablehnende Haltung Chinas, besonders bezüglich der Viktoria-Bölle und anderer Spezialzölle erschweren die Verhandlungen über den Handelsvertrag zwischen China und Japan. — Die Japaner werden Liaotung am 30. d. M. räumen.

**London, 23. Nov.** „Daily News“ melden aus Petersburg, daß China mit Deutschland Verhandlungen angeknüpft habe wegen einer neuen Anleihe. Deutschland wolle die Anleihe übernehmen unter der Bedingung, daß England sich dabei betheiligen und Rußland verständigt würde.

**Antwerpen, 24. Nov.** Gestern Abend feierte die hiesige Deutsche Kolonie ein Fest der Veteranen von 1870/71. 1500 Personen waren versammelt, überall herrschte die größte Harmonie. Das Fest begann mit einer Theatervorstellung, zu welcher direkt Künstler aus Köln gekommen waren, und endigte mit einem Ball.

**Gent, 24. November.** Der Ausstand der Metallarbeiter, der zwei Monate hindurch währte, ist auf Grund gegenseitiger Zugeständnisse beendet.

**Konstantinopel, 24. Nov.** Wegen der in Samsum herrschenden Unruhen und einiger kleineren Vorfälle ist ein russisches Kriegsschiff, das bisher in der Nähe von Trapezunt verweilte, dorthin beordert, um die russischen Unterthanen zu schützen, falls dies notwendig werden sollte. In Folge der zahlreichen unter Türken und Armeniern vorgenommenen Verhaftungen sind die Gefängnisse überfüllt.

Das Ersuchen, den zweiten Stationschefen die Durchführung durch die Dardanellen zu gestatten, ist nunmehr von allen Vorgesetzten gestimmt, die tatsächliche Beorderung derselben nach Konstantinopel wird jedoch als eventuelle Vorsichtsmaßregel nur im Falle etwaigen Bedarfs erfolgen. — In diplomatischen wie in allen politischen Kreisen verfolgt man die Durchführung der türkischen Beruhigungsmaßregeln mit großer Aufmerksamkeit und giebt sich der Hoffnung hin, daß das Pacificierungswerk von Erfolg sein wird, falls es gelingt, die mit der Durchführung desselben betrauten Organe von dem Ernste der an sie ergangenen Weisungen zu überzeugen.

Die neuesten Berichte stellen fest, daß eine theilweise Beruhigung und Gewaltthatigkeiten geringeren Umfangs fortbauern. Die in türkischen Kreisen ausgesprochene Hoffnung einer raschen Erstickung der Bewegung gilt allseitig als allzu optimistisch, vielmehr dürfte das Beruhigungswerk auch ohne Eintritt unvorhergesehener Erschwerungen einige Wochen und die vollständige Beruhigung der Stimmung noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Der starke Schneefall, welcher aus einigen Vilajets gemeldet wird, trägt jedenfalls zur Förderung der Pacificierungs-Bestrebungen bei, verschärft jedoch zugleich die allgemeine Nothlage.

Die anlässlich der Unruhen in Aintab angeordnete Untersuchung hat festgestellt, daß die Unruhen auf die Ermordung dreier Russen seitens armenischer Aufständischer zurückzuführen sind. Gegenwärtig herrscht in Aintab volle Ordnung. Während der in den Gemeinden Kourikind (?) und Koyhounar etwas stattgefundenen Schlägereien wurden zwei Türken und ein Armenier getödtet und drei Türken und ein Armenier verwundet. Auf die seitens der türkischen Behörden ertheilten Rathschläge sind die in Tchoutmeryem (?) angelammelten Armenier in ihre Wohnungen zurückgeführt. Die Ordnung wurde wieder hergestellt.

**Athen, 23. Nov.** Der türkische Gesandte am hiesigen Hofe Schatir Pascha wurde nach Konstantinopel zurückberufen.

**Athen, 24. Nov.** Die Zeitung „Hestia“ kündigt an, daß sie mit 500 Drachmen, welche sie selbst spendet, eine öffentliche Subskription auf Fonds eröffne, deren Verwendung die Wiedergewinnung Makedoniens sei.

**Belgrad, 24. Nov.** Muselmanische Auswanderer, welche nach Konstantinopel zurückkehren wollten, wurden auf dem Bahnhofe von Studenten ausgepöbeld und insultirt.

**Belgrad, 24. Nov.** Die Stupskina wurde heute von dem Alterspräsidenten Rajic eröffnet und wählte einen Ausschuss zur Verifikation der Mandate drei neuernannter Krondeputirten. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

**Sofia, 23. Nov.** In der heutigen Sitzung der Sobranje richtete der Deputirte Doffen an den Ministerpräsidenten Stoflow die Frage, in welcher Lage sich das Territorium, welches kürzlich von der Türkei abgetreten sei, dem Fürstenthum gegenüber befinde und wann er die Nationalversammlung einberufen werde, um dieses Territorium dem Lande einzuverleiben. Der Deputirte Samow fragte, welche Maßnahmen die Regierung im Hinblick auf die Wiederherstellung der Rechte der Bulgaren unter türkischer Herrschaft nach dem Berliner Vertrag getroffen habe. Weber die eine noch die andere Frage wurden auf die Tagesordnung gesetzt.

**Lima, 24. Nov.** Die Beziehungen zwischen der Regierung und dem Kongreß sind zur Zeit gespannt. Die Deputirten beantragten Reformen bezüglich der Einnahmen der Klöster, was die Liberalen in Unruhe versetzte. Eine Anzahl der Letzteren versammelte sich an den Eingängen der Deputirtenkammer und griff die hinauskommenen Deputirten an. Der Kongreß nahm darauf ein gegen die Regierung gerichtetes Tadelsvotum wegen Vernachlässigung ausreichenden Schutzes der Volksvertreter an.

**Paris, 25. Nov.** Der frühere Minister des Auswärtigen Barthélemy, Saint-Hilaire ist gestern Abend plötzlich gestorben.

**Brüssel, 24. Nov.** Heute fand in 29 Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern die Ergänzungswahl zu den Gemeindevätern statt, bei dem die Gemeinderäthe aus der Reihe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu wählen sind. In drei bedeutenden Gemeinden Antwerpen, Tournay und Schaerbeck, wo die Katholiken die Mehrheit zu erlangen hofften, blieben die Liberalen mit 1 Stimme Majorität Herren des Gemeinderaths. Von den Arbeiterkandidaten haben mit wenigen Ausnahmen fast überall Sozialisten gesiegt.

In Brüssel wird der Gemeinderath aus 15 Liberalen, 12 Katholiken und 12 Sozialisten bestehen. In Antwerpen werden die Liberalen über 20, die Katholiken über 19 Stimmen verfügen. Der Gemeinderath in Lüttich wird aus 13 Liberalen, 14 Katholiken und 12 Sozialisten zusammengesetzt sein. Der Gemeinderath in Namur aus 17 Katholiken, 8 Liberalen und 1 Sozialist.

**London, 25. Nov.** Seit 24 Stunden herrscht ein starker Nordoststurm an der britischen Küste. Der Postdampferverkehr Folkestone-Boulogne wurde eingestellt. Der Postdampfer Calais-Ostende-Blijssingen hatte eine sehr gefährliche Uebersahrt. Der Postdampfer von Dover nach Calais konnte in den Hafen von Calais nicht einfahren und kehrte Abends 7 1/2 Uhr mit den Passagieren nach Dover zurück.

Man befürchtet, daß eine Anzahl Fischerboote bei Bownestoff untergegangen sind.

**London, 25. Nov.** Der Oberhofmarschall Graf Eulenburg hat sich im Auftrage des deutschen Kaisers nach England begeben, um den Kaiser bei dem Begräbnisse des Fürsten Henry Bonjony, des ältesten und vertrautesten Dieners und Rathgebers der Königin, zu vertreten. Das Begräbnis findet in Birmingham, Insel Wight statt. Graf Eulenburg wird heute in Windsor erwartet, wohin er eine Einladung der Königin erhalten hat.

**London, 25. Nov.** In Folge des Ausstandes der Schiffsbauer in Belfast sind nach gegenwärtigen Berechnungen mindestens 10 000 Leute außer Arbeit. Unter den Ausständigen herrscht große Noth.

**Athen, 25. Nov.** Nach einer Depesche des Blattes „Afti“ aus Kreta hat zwischen den türkischen Truppen und den Mitgliedern des revolutionären Komitees ein Zusammenstoß stattgefunden, bei welchem etwa 10 Soldaten und einige Aufständische getödtet oder verwundet wurden. Die Truppen sind verstärkt worden. — Eine weitere hier eingegangene Nachricht bestätigt, daß es auf Kreta zu Unruhestörungen gekommen ist. Die Zahl der bei denselben getödteten Soldaten wird auf 30 angegeben, während auf Seite der Aufständischen nur ein Mann fehlt. Diese Nachricht hat in Athen große Erregung hervorgerufen.

**Athen, 25. Nov.** An Stelle Schatir Paschas wird Alim. Bei türkischer Gesandter am griechischen Hofe.

**Newyork, 24. Nov.** In Georgetown, der Hauptstadt von englisch Guyana, wurde der französische Unterthan Evariste, Pilot des Kanonenboots „Bengale“, gefangen, gemartert und noch lebend verbrannt. Die Bevölkerung von französisch Guyana ist außerordentlich erregt und fordert Rache. Da Unruhen bevorstehen, ist Militär aufgeboden worden.

**Santiago, 25. Nov.** Das neue chilenische Kabinett ist gebildet. Das Portefeuille des Innern übernimmt Osvaldo Renjiso, des Aeußern Adolfo Guerrero; Finanzminister wird Perez Arce; Kriegsminister Barros Borgoño.

## Raufmännischer Verein.

Dienstag, den 26. cr., Abends 8 1/2 Uhr bei Mylius:  
**Vortrag**  
des Herrn Dr. Pohlmeier-Berlin  
über: **Gustav Freytag.**

## Eine Brosche mit Brillanten

ist am Sonnabend auf dem Wege Halldorffstraße—Theater—Zurück verloren gegangen. Gegen Belohnung abzugeben Halldorffstraße 22 I. Et.

### Handel und Verkehr.

**\*\* Von der russischen Grenze.** Im Kreise Bendzin in Rußisch-Polen haben sämtliche Branntwein-Brenner ihre Thätigkeit eingestellt, weil die davon zu entrichtenden Staatssteuern derartig, in die Höhe geschraubt worden sind, daß sie fast die Betriebskosten übersteigen. In Folge dessen gewinnt der Spiritusumschlagel von dem bestellten auf das jenseitige Gebiet an Ausdehnung.

**WB. Berlin, 24. Nov.** Der Export aus dem Bezirk Berlin nach den Vereinigten Staaten von Amerika führt fort sich in erfreulicher Weise zu heben. Die nachfolgenden Zahlen sprechen für sich selbst. Es betrug der Export

Rom 1. Oktober bis 11. November 1892 . . . 970 225 Mark,  
" 1. " 11. " 1894 . . . 1 321 160  
" 1. " 11. " 1895 . . . 2 526 160  
Der Export hat sich also nahezu verdreifacht. Die starke Ausfuhr hält auch sonst noch an.

### Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

#### Fonds-Berichte

**\* Berlin, 23. Nov.** Die heutige Börse nahm sehr stillen Verlauf, wobei sich die Tendenz unter mehrfachen Schwankungen schließlich fest aussprach. An politischen Meldungen lagen einige, im Ganzen farblose, vor, und die Börse reagierte denn auch wenig auf dieses Rott. Dedungen bei Wochenabschluss hingegen wie sie nach dem Verlauf der letzten Zeit zu erwarten waren, und vorübergehend erneute Exaltationen in Dortmund und Antwerpen nahmen größeren Einfluß auf die Kursbewegung. Der durch letztere Realisirungen geschaffene Kursdruck in Hüttenwerthen verstärkte sich durch Bekanntwerden des ungünstigen amerikanischen Eisenberichtes über die letzte Woche, fand aber in der plötzlich aufstretenden Kauflust für Harpener — angeblich auf einen besriedigenden Oktoberausweis — ein starkes Gegengewicht. Dadurch wurde auch am Montanmarkt einer durchaus festen Haltung der Weg geebnet, sobald die Nachbörse auf allen Gebieten höhere Notierungen zum Vorschein brachte. Die fremden Börsen meldeten lustlos und behauptete Kurse, eine Signatur, die im Grunde genommen auch auf den hiesigen Verkehr heute pakte. Weder von Bank- noch Eisenbahnaktien fand größere Schwankungen zu berichten; die Kurse haben sich etwas erhöht, vereinigt auch etwas billiger gestellt. Letzteres gilt insbesondere von Schweizer Bahnen, Jura- und Centralalpen, von Vuchstetbrader u., wogegen andererseits Elbsal von Wien gesucht wurden. Deutsche Bahnaktien waren ganz still. Am Montanmarkt gaben Dortmund und Bochumer Anfangs nach, später zogen sie im Zusammenhang mit der Festigkeit der Laura-Alten und Harpener wieder an. Fremde Fonds bewährten letzten Stand. Türkenloose gebessert. Andere Werthgebiete waren durchweg still, der Kassamarkt der Industriepapiere schwach. Privatdiskonto 3 Proz. (R. 3.)

**Breslau, 23. Nov.** (Schlußkurse.) Schwach.  
Neue Spross Reichsanleihe 98,75 3/4 Proz. 3-Monatbr. 100,50, Konso. Türken 19,95 Tür. Loose 107,75, 4 Proz. ung. Goldrente 102,10, Bresl. Distriktsbank 122,15, Breslauer Wechselbank 107,50, Kreditaktien 229,10, Schlef. Bankverein 129,10, Donnersmarkt 140,50, Hüttenwerke 161,00, Ober-Schlef. Eisenbahn 81,75, Oberschlef. Portland-Cement 117,00, Schlef. Cement 127,50, Oppeln. Cement 125,50, Kramsta 138,00, Schlef. Zinkaktien —, Laura-Hütte 150,40, Vereln. Delfabr. 87,00, Deutscher. Banknoten 169,40, Russ. Banknoten 220,75, Schlef. Cement 108,50, 4 Proz. Ungarische Kronenbankleihe 98,25, Breslauer elektrische Straßenbahn 188,00, Caro Gegenüber Aktien 100,00, Deutsche Kleinbahn —, Breslauer Spiritusfabrik 137,00.

**Paris, 23. Nov.** (Schlußkurse.) Träge.  
3 Proz. amort. Rente —, 3 Proz. Rente 100,27 1/2, Italien. 5 Proz. Rente 85,00, 4 Proz. ung. Goldrente 101,12 1/2, III. Egypt.



Druck und Verlag der Buchdruckerei von H. Ader u. Co. (H. Ader) in Wien